

«Wir sollten uns auf den Ausbau der erneuerbaren Energien konzentrieren»

Für Roberto Schmidt, den obersten Energiedirektor der Kantone, hat sich die Schweiz in der Stromdebatte viel zu lange im Kreis gedreht. Im Gespräch mit David Vonplon sagt er, es bringe nichts, jetzt wieder über Atomstrom zu diskutieren

Er gilt als Vater des Atomausstiegs: Im April 2011, nur Wochen nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima, reichte Roberto Schmidt, damals CVP-Nationalrat, die Motion ein, die schliesslich den Ausstieg besiegelte. In den letzten Jahren stand der Mitte-Politiker wieder im nationalen Rampenlicht: Als Präsident der Konferenz Kantonalen Energiedirektoren (EnDK) hatte er bei der Bewältigung der Energiekrise eine Schlüsselrolle inne. Derzeit kämpft der 61-Jährige an der Seite von Energieminister Albert Rösti für das Stromgesetz, über das das Volk am 9. Juni abstimmt. Die Vorlage ist für seinen Heimatkanton von grosser Bedeutung: Von den 16 Wasserkraftprojekten, die in der Vorlage verankert sind, sollen 8 im Wallis realisiert werden.

Herr Schmidt, Sie leiteten kurz nach Fukushima mit Ihrer Motion den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie ein. Hand aufs Herz: War das aus heutiger Sicht nicht ein kapitaler Fehler?
Nein. Die Probleme der Kernkraft sind dieselben geblieben: die Sicherheit, die Entsorgung der radioaktiven Abfälle. Auch fehlt der Technologie weiterhin die Akzeptanz. Bloss 29 Prozent der Bevölkerung würden gemäss einer aktuellen Umfrage der Planung eines neuen Meilers zustimmen. Noch wichtiger aber ist, dass ein solches Kraftwerk kaum rentabel betrieben werden kann. Es wären massive Subventionen von Bund und Kanton nötig.

Im Parlament erhält die Kernkraft plötzlich wieder mehr Unterstützung – auch Mitte-Politiker sprechen sich dafür aus, den Bau von neuen Kernkraftwerken zu prüfen. Sie auch?

Ist eine neue Generation von Reaktoren verfügbar, die günstiger und sicherer ist, bin ich dafür offen. So weit ist es aber nicht. Wir führen eine Scheindebatte. Kurz- und mittelfristig lässt sich in der Schweiz kein neues Kernkraftwerk realisieren. Statt uns über den Atomstrom zu streiten, sollten wir uns auf den Ausbau der erneuerbaren Energien konzentrieren. Auch mit Sonnen-, Wasser- und Windkraft können wir die Energieversorgung in der Schweiz sicherstellen.

Muss die Schweiz angesichts der schwierigen Versorgungssituation nicht auf alle klimafreundlichen Technologien zurückgreifen, die verfügbar sind?
Das tun wir ja. Wir lassen die vier bestehenden Kernkraftwerke laufen, solange sie sicher sind. Ich begrüsse es auch, wenn diese aufgerüstet werden, damit sie über 60 Betriebsjahre hinaus Strom liefern. Da wir die Versorgung auch mit den Erneuerbaren gewährleisten können, sollten wir uns aber auf diese Technologien konzentrieren.

Hat die Energiekrise nicht gezeigt, dass die Energiestrategie des Bundesrats nicht funktioniert?
Die Strategie ist nicht gescheitert, sie wurde aber nicht konsequent umgesetzt. Stattdessen verloren wir uns in Grundsatzdebatten. Wollen wir jetzt alpine Solaranlagen oder nicht? Passen Windräder in die Landschaft? Brauchen wir doch neue Kernkraftwerke? Ständig drehten wir uns im Kreis. Auch bei der Photovoltaik auf den Dächern ging es lange Zeit nur sehr zögerlich vorwärts. Erst jetzt – unter dem Druck der Energiekrise – hat ein Umdenken stattgefunden.

Am 9. Juni stimmen wir über das neue Stromgesetz ab. Werden mit der Vorlage die Fehler der Energiestrategie von Alt-Bundesrätin Doris Leuthard korrigiert?
Nein, aber wir beschleunigen mit dem Stromgesetz die Umsetzung der Energiestrategie. Die Verfahren für den Bau von Anlagen zur Produktion er-



Wenn die Schweiz nicht riskieren wolle, im Winter im Dunkeln zu sitzen, brauche sie ein Stromabkommen mit der EU, sagt Roberto Schmidt.

KARIN HOFER / NZZ

neuerbarer Energien sind heute viel zu schwerfällig – gegen alles Mögliche kann Beschwerde eingereicht werden. Das Stromgesetz bringt hier Verbesserungen. Ebenfalls entschärft es den Konflikt zwischen den Schutzinteressen und der Energienutzung. Statt blindlings überall neue Anlagen zu bauen, scheiden die Kantone neu geeignete Gebiete für grössere Wind- und Solaranlagen aus. Der Ausbau geschieht also koordiniert und geplant. Es kann keine Rede davon sein, die Landschaft werde mit Solarpanels und Windrädern zugepflastert, wie dies die Gegner behaupten.

Bei den alpinen Solaranlagen geschieht doch heute genau dies. Es fehlt eine übergeordnete Planung, wo solche Anlagen gebaut werden sollen – und wo nicht.
Das stimmt. Verantwortlich dafür ist aber das Parlament, das mit dem Solarexpress einen Schnellschuss fabriziert hat. Mit ihm werden nicht die besten Projekte realisiert, sondern jene, die zuerst eine Bewilligung haben. Nicht zuletzt deswegen ist die Skepsis gegenüber alpinen Solaranlagen in der Bevölkerung heute so gross. Eine koordinierte Planung schreibt erst das neue Stromgesetz vor. Es korrigiert also die Kinderkrankheit des Solarexpresses. Das ist erfreulich.

Laut dem früheren SP-Chef Peter Bodenmann sind Sie der Hauptverantwortliche für die Entgleisung des Solarexpresses im Wallis. Er wirft Ihnen vor, Sie hätten sich zu wenig für das Gesetz engagiert, das den Bau von alpinen Solaranlagen beschleunigen sollte.

Was Herr Bodenmann behauptet, interessiert mich eigentlich nicht. Kolumnen zu schreiben, ist einfacher, als in der Regierung die richtigen Entscheide zu treffen. Und er würde ohnehin alles anders machen. Zudem ist der Solarexpress im Wallis nicht entgleist. Er fährt

einfach etwas langsamer, weil wir die Verfahren nicht so beschleunigen konnten, wie wir uns das gewünscht hätten. Fakt ist auch, dass sich Kantonsregierungen gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichts im Abstimmungskampf zurückhaltend verhalten sollen. Ich habe mich deshalb bewusst auf Interviews und Beiträge in den sozialen Netzwerken beschränkt.

Im Wallis herrschte Goldgräberstimmung, nachdem das Parlament in Bern vorletzten Herbst den Solarexpress verabschiedet hatte. Wie ist die Situation heute?

Tatsächlich ist eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Der Bau solcher Anlagen in hochalpinen Gegenden erweist sich als sehr herausfordernd, zeitaufwendig und teuer. Selbst wenn diese mit 60 Prozent subventioniert werden, bestehen in der Branche Zweifel, ob diese rentabel betrieben werden können. Bis heute wurde im Kanton Wallis nur das Projekt von Gondosolar öffentlich aufgelegt – und auch bei dieser Anlage gab es Einsprachen, welche die Realisierung verzögern.

Und was ist mit den Solarprojekten in Gremiols und im Vispéral?

Diese Anlagen haben vielleicht eine Chance, nicht zuletzt auch darum, weil sie stark redimensioniert wurden. Ich bin allerdings skeptisch, dass sie, wie gesetzlich verlangt, bis 2025 ans Netz gehen können. Es wird für alle alpinen Solaranlagen entscheidend sein, ob die Frist des Solarexpresses über 2025 verlängert wird, oder ob wenigstens für die laufenden Projekte länger Subventionen zugesprochen werden, wie dies Bundesrat Albert Rösti in Aussicht gestellt hat. Geschieht dies nicht, müsste mit der Planung dieser Projekte nochmals nach dem ordentlichen Verfahren begonnen werden. Das könnte Jahre dauern.

Ergibt der Betrieb von Solaranlagen in hochalpinen Gebieten überhaupt Sinn?

Ja. Alpine Solaranlagen erzeugen bis zu viermal mehr Winterstrom als andere PV-Anlagen. An geeigneten Standorten können sie also einen wertvollen Beitrag leisten für die Versorgung im Winter. Wir sollten uns allerdings auf einige wenige, konzentrierte Anlagen beschränken. Auch müssen wir uns von der Idee verabschieden, dass jede Alpengenossenschaft Geld hinzuverdienen kann, wenn sie neben dem Stall noch ein paar Solarpanels aufstellt.

Im Stromgesetz werden 16 Wasserkraftprojekte verankert, auf die sich Energieversorger, Kantone und Umweltverbände an einem runden Tisch geeinigt haben. Wie realistisch ist es, dass diese auch umgesetzt werden?

Ich bin sehr zuversichtlich. Die einzelnen Staudammprojekte sind zwar noch nicht bewilligt. Aber da sie von nationalem Interesse sind und mit dem Stromgesetz in der Interessenabwägung den grundsätzlichen Vorrang erhalten, haben sie deutlich bessere Chancen, von den Gerichten grünes Licht zu erhalten. Hinzu kommt: Mit dem Ausbau der Speicher gewinnen wir nicht nur mehr Strom im Winter. Sie helfen auch beim Hochwasserschutz und lösen die Probleme der Bergtäler mit dem Trinkwasser und der Trockenheit, die mit der Klimaerwärmung immer häufiger auftritt. Deshalb geniesst der Bau neuer Staudämme bei der lokalen Bevölkerung eine viel höhere Akzeptanz als etwa Windparks.

Das mit Abstand wichtigste Projekt des runden Tisches ist ein neuer Staudamm am Gornegletscher. Landschaftsschützer haben bereits angekündigt, ihn bis vor Bundesgericht zu bekämpfen.

Ich habe Mühe, die Haltung der Landschaftsschützer nachzuvollziehen. Dort,

wo der Staudamm gebaut werden soll, war früher ein Gletscher, heute steht da ein Fels und morgen ein See. Was ist nicht natürlich daran? Der Eingriff in die Landschaft wäre vergleichsweise gering. Da das Tal dort sehr eng ist, ist die geplante Staumauer von überschaubarer Grösse. Auch braucht es kein zusätzliches Kraftwerk. Das gestaute Wasser würde zur Stromproduktion in die bereits bestehenden Anlagen der Grande-Dixence geleitet.

Muss das Beschwerderecht der Umweltverbände eingeschränkt werden, um die Projekte zu beschleunigen?

Persönlich bin ich da zurückhaltend. Bei grossen Wasserkraftwerken sollen die Umweltverbände die Möglichkeit haben, Einsprache zu erheben. In der Vergangenheit wurde gerade bei grossen touristischen Überbauungen vielerorts gesündigt. Es ist deshalb richtig, dass die Schutzorganisationen früh eingebunden werden und man mit ihnen einen Konsens sucht.

Aus der Strombranche hört man die Kritik, dass es mit dem Gornegletscher-Projekt nicht rasch genug vorangeht. Der Verdacht: Der Kanton Wallis spielt auf Zeit, weil er nach dem Auslaufen der Konzession den Heimfall ausüben und die Energieanlagen selber betreiben will.

Das ist völliger Blödsinn. Der Kanton Wallis steht voll und ganz hinter diesem Projekt und hat es auch bereits im kantonalen Richtplan festgesetzt. Die Planung eines so grossen Projekts nimmt aber sehr viel Zeit in Anspruch. Wir mussten zum Beispiel prüfen, ob es für das Projekt eine neue Konzession braucht, oder ob eine Ergänzung der bestehenden Konzession ausreicht. Das hat viel Zeit gekostet. Auch mussten diverse Umweltfragen beantwortet werden. Mittlerweile konnten aber einige Hürden aus dem Weg geräumt werden.

Wird die Schweiz also ihre Probleme beim Strom los, wenn das Volk Ja sagt zum Mantelerlass?

Nein, das allein reicht nicht. Dazu braucht es auch die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger. Nur wenn wir unsere Häuser sanieren und Solaranlagen auf den Gebäuden installieren, kann die Energiewende gelingen. Ebenso bleiben wir auf einen funktionierenden Austausch mit den umliegenden Ländern angewiesen. Rund 70 Prozent der Energie kommt aus dem Ausland, vor allem im Winter. Und dieser Import wird immer unsicherer. Wenn wir also keinen Kurzschluss riskieren wollen, brauchen wir ein Stromabkommen mit der EU.

Wie geschlossen stehen die Kantone hinter einem solchen Abkommen?

Alle Energiedirektoren begrüssen die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Uns ist aber auch bewusst, dass noch diverse Fragen offen sind. Die Bergkantone etwa befürchten, dass sie künftig ihre Konzessionen für die Stromproduktion öffentlich ausschreiben müssen, wozu sie heute nicht verpflichtet sind. Gemäss unserem Kenntnisstand sind die Risiken jedoch überschaubar.

Haben die Kantone rote Linien für die Verhandlungen definiert?

Offiziell noch nicht. Aber es ist klar, dass die Hoheiten der Kantone gewahrt werden müssen, sei es bei den Wasserrechten, den Wasserzinsen oder auch bei den Effizienzzielen und Massnahmen für die Gebäude, die nicht EU-Recht unterstellt werden dürfen. Klar ist auch, dass die Schweiz wieder vollen Zugang zu den Plattformen des europäischen Netzverbunds erhalten muss. Wir können nicht im Alleingang alle unsere Stromprobleme lösen. Wir sind auf den Austausch mit Europa angewiesen.